

Haushaltsrede 2026 – Stadt Meerbusch (gekürzt)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

der Haushalt ist mehr als eine Ansammlung von Zahlen. Er ist das Fundament unserer Stadtpolitik.

Er zeigt, welche Prioritäten gesetzt werden und welches Bild wir von der Zukunft unserer Stadt haben. Für die UWG ist entscheidend, ob dieser Haushalt der langfristigen Lebensqualität in Meerbusch dient – finanziell solide, ökologisch verantwortungsvoll und sozial ausgewogen.

Wir beraten den Haushalt 2026 in einer Zeit großer Unsicherheit.

Kommunale Finanzen stehen unter Druck: steigende Sozialausgaben, Umlagen und Investitionsbedarfe in Schulen, Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaanpassung. Gleichzeitig erwarten die Menschen zu Recht eine funktionierende Verwaltung, gute Schulen, sichere Straßen und lebenswerte Quartiere.

Meerbusch ist eine starke Stadt im Grünen mit gewachsener Struktur und hoher Lebensqualität und Identität. Aber auch wir spüren die Belastungen unserer Zeit. Umso wichtiger ist: Zukunft entsteht durch langfristige Konzepte. Nachhaltigkeit bedeutet ökologische Verantwortung – und finanzielle Solidität.

Grundsteuer – falsches Signal

Ein zentraler Punkt dieses Haushalts ist die deutliche Erhöhung der Grundsteuer. Sie trifft Eigentümer und Mieter gleichermaßen und belastet breite Teile der Bevölkerung. Kritisch nicht nur die Höhe, sondern auch der Weg dorthin als erste Maßnahme der regierenden Parteien ohne öffentliche Diskussion. Aus Sicht der UWG ist das ein falsches Signal.

Wenn Bürger stärker belastet werden, muss zugleich ein klarer Spar- und Reformwille sichtbar sein. Genau hier liegt unser Kritikpunkt: Wir sehen keine ausreichenden strukturellen Einsparungen, keine konsequente Priorisierung und keine durchgreifende Verwaltungsmodernisierung.

Es reicht nicht, Einnahmen zu erhöhen. Man muss auch Ausgaben ehrlich prüfen. Verantwortung heißt: zuerst bei sich selbst beginnen.

Es bleibt leider der Eindruck:: Mit höheren Einnahmen aus der Tasche der Bürger wird weiter so gemacht wie bisher.

Sparen heißt Prioritäten setzen

Sparen bedeutet Prioritäten. Deshalb kritisieren wir Ausgaben, die nicht zu den Kernaufgaben der Stadt gehören.

Beispielhaft wurde der Erwerb der evangelischen Kirche für mehrere Millionen Euro in Strümp diskutiert. Die Stadt ist kein Projektentwickler. Solche Entwicklungen sind primär Aufgabe privater Akteure. Dass ein Erwerb aktuell nicht möglich wurde, bestätigt unseren Grundsatz: Solche Vorhaben binden Ressourcen und bergen Risiken außerhalb kommunaler Pflichtaufgaben.

Alter Teich – falsche Planung, falsche Rolle

Kritisch sieht die UWG die Planungen am Alten Teich. Dort sollen Reihenhäuser als Billigbau in einer neu zu gründenden Genossenschaft mit städtischer Beteiligung entstehen.

Wir sagen klar: Die Stadt hat nicht die Aufgabe, selbst als Projektentwickler aufzutreten. Solche Modelle können finanzielle Risiken in sich bergen und in die Zukunft verschieben.

Zugleich ist der Alte Teich ein ökologisch wertvolles Biotop. Die UWG lehnt es ab, soziale Aufgaben gegen Natur- und Artenschutz auszuspielen. Empfehlungen der Gutachter müssen beachtet werden. Aus ökologischen wie haushaltspolitischen Gründen lehnt die UWG dieses Vorhaben ab.

Natur- und Freiraumschutz als Leitlinie

Der Erhalt von Natur und Freiräumen ist ein Leitmotiv der UWG.

Rheinauen, Meerer Busch und Strümper Busch sind prägende Landschaftsräume, Klimaschützer und Erholungsgebiete unserer Stadt.

Auch hochwertige landwirtschaftliche Flächen mit besten Böden dürfen nicht leichtfertig geopfert werden. Natur ist kein Vorrat für kurzfristige Haushaltslösungen – auch kommende Generationen haben Anspruch darauf.

Stadtentwicklung braucht Maß

Stadtentwicklung muss daher maßvoll und ortsverträglich sein. Neue Bebauung muss sich in bestehende Strukturen einfügen, besonders bei Parkanlagen und

historischen Ensembles. Grün- und Parkräume sind prägende Elemente unseres Stadtbildes.

Die UWG unterstützt grundsätzlich schnellere Bauverfahren, auch den in Diskussion stehenden Bau-Turbo, Aber Beschleunigung darf nicht auf Kosten des Städtebaus, der Maßstäblichkeit und des Freiraumschutzes gehen und die erarbeiteten Leitlinien unserer Stadtplanung verdrängen. Hier tragen Verwaltung und Fachämter große Verantwortung.

Haus Meer – Vorbild für verträgliche Entwicklung

Die Entwicklung von Haus Meer ist ein positives Beispiel. Seniorenwohnungen im historisch wiederaufgebauten Schloss sind maßstäblich und ortsverträglich. Die Bebauung fügt sich in Park und Denkmalensemble ein. Er ist ein wertvoller kultureller Beitrag. Der Park bleibt prägend. Die UWG unterstützt dieses Vorhaben.

Neubaugebiet Kalvadonk – ja, aber klare Grenze

Ein wichtiger Stadtentwicklungsbereich ist das Neubaugebiet Kalvadonk.

Die UWG begrüßt Geschosswohnungsbau an dieser gut angebundenen Stelle. Maßvolle Verdichtung kann das Wohnungsangebot stärken und Druck von sensiblen Flächen nehmen. Wir begrüßen das finanzielle Engagement der Stadt an dieser Stelle.

Gleichzeitig gilt: Die Entwicklung darf sich nicht jenseits der Stadtbahnlinie U76 in die freie Landschaft ausdehnen. Die Landschaftsräume dort sind ökologisch wertvoll und prägend für unsere Stadt.

Für die UWG gilt daher:

Die Landschaft hinter der U76 ist tabu.

Stadtentwicklung braucht klare Grenzen.

Sozialer Wohnungsbau – Verantwortung mit Augenmaß

Die UWG steht zur sozialen Verantwortung der Stadt. Bezahlbarer Wohnraum und Unterbringung gehören zu kommunalen Aufgaben.

Gleichzeitig müssen Bedarf und Tragfähigkeit realistisch bewertet werden. Im Stadtgebiet entstehen bereits erhebliche Kapazitäten im sozialen Wohnungsbau, etwa im Rheineck und der Blaue Blume. Auch bestehende Asylunterkünfte sind nicht vollständig ausgelastet.

Daher sollte die Stadt keine vorschnellen zusätzlichen Verpflichtungen eingehen. Das ist keine Relativierung sozialer Verantwortung – im Gegenteil: Sozialpolitik muss verlässlich und bedarfsgerecht bleiben.

Bildung, Sport, Kultur – keine Sparmasse

Nicht gespart werden darf bei Bildung, Sport und Kultur. Schulbau und Sanierung sind Investitionen in die Zukunft. Sie stärken Zusammenhalt und Perspektiven der nächsten Generation. Auch Kultur und Vereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag.

Qualität statt Quantität

Meerbusch braucht kein Wachstum um jeden Preis. Bei stagnierender Bevölkerung gilt Qualität vor Quantität – bei Gewerbe wie Einzelhandel. Statt flächenfressender Neubaugebiete brauchen wir hochwertige Dienstleistungen und starke Ortskerne, die Kaufkraft binden.

Schluss

Haushaltspolitik ist eine Frage der Haltung.
Wer zuerst Steuern erhöht, bevor er konsequent spart,
wer Natur- und Artenschutz zur Verhandlungssache macht,
wer die Stadt in die Rolle eines Projektentwicklers drängt
und Siedlungsentwicklung in geschützte Landschaft ausdehnt,
handelt nicht nachhaltig.

Die UWG steht für eine andere Politik:
solide Finanzen,
soziale Verantwortung mit Augenmaß,
maßvolle Stadtentwicklung mit klaren Grenzen
und den Schutz unserer Landschaftsräume.

Und deshalb lehnen wir diesen Haushalt ab.

Vielen Dank.